

Kohleausstieg - und was dann?

Schildbürger

NAEB 1901

Mit großem Medienrummel wurde am 21. Dezember 2018 die letzte Steinkohlenzeche im Ruhrgebiet aufgegeben. In vielen Reden und Kommentaren zu diesem Ereignis fand ein wichtiger Grund für die über 50 Jahre lange Subvention der deutschen Steinkohleförderung keinerlei Erwähnung. Genannt wurde nur der Erhalt von Arbeitsplätzen.

Viel wichtiger war den damaligen Regierungen aber, heimische Energieträger zu nutzen, um nicht vom Ausland abhängig oder erpressbar zu sein. Man wusste damals, dass eine sichere Energieversorgung die unabdingbare Voraussetzung für Wohlstand und Aufschwung ist.

Die Steinkohle wurde bis Mitte der 1950er Jahre per Hand, also mit Presslufthammer und Schaufel gewonnen. Die Bergleute förderten rund eine Tonne Steinkohle pro Schicht. Dann überschwemmten kostengünstiges Erdöl und billige Steinkohle den Markt. Als Antwort wurde die Förderung in Deutschland mechanisiert, Schrämhobel und Förderbänder übernahmen weitgehend die Handarbeit.

Die Schichtleistung stieg innerhalb weniger Jahre auf vier Tonnen und erreichte bis zum Jahr 2000 mehr als 6 Tonnen. Bei zunächst gleichbleibender Produktion wurden nur noch zwei Drittel der Bergleute gebraucht. Steinkohle konnte dennoch nicht zu wettbewerbsfähigen Preisen gefördert werden, weil man immer tiefere Lagerstätten abbauen musste. Die deutsche Steinkohle war unwirtschaftlich geworden; die Zechen hätten eigentlich schließen müssen.

Subventionsgründe

Doch die Gewerkschaften wollten möglichst viele Arbeitsplätze erhalten und die Regierungen befürchteten durch den Wegfall der Steinkohle, dem Rückgrat der Energieversorgung in Deutschland, eine kritische Abhängigkeit vom Ausland. Die Hersteller von Bergwerksmaschinen forderten aktive Zechen zur Erprobung neuer Anlagen. So einigte man sich darauf, die Zechen nur nach und nach stillzulegen und die geförderte Steinkohle zu subventionieren.

Als Subvention wurde die Differenz zwischen Förderkosten und Weltmarktpreis gezahlt. Finanziert wurde sie über viele Jahre durch den sogenannten Kohlepfennig, den die Stromverbraucher für jede Kilowattstunde zahlen mussten. Die Kohle verstromte man weitgehend und nutzte sie zur Verhüttung von Eisenerz. Heizungen wurden auf preiswerteres Öl und Erdgas umgestellt.

Energiewende viel teurer als Steinkohlesubventionen

Die gesamten Subventionen für die über 50 Jahre geförderten 3,2 Milliarden Tonnen Steinkohle liegen nach aktuellen Kenntnissen bei 125 Milliarden Euro. Im Durchschnitt wurde jede Tonne mit 40 Euro subventioniert. Der Strom aus deutscher Steinkohle war also rund einen Cent je Kilowattstunde teurer als Strom aus importierter Steinkohle.

Im Gegensatz zu den vom Wetter abhängigen "regenerativen" Energien ist die Kohle in fast beliebigen Mengen speicherbar und macht damit die Stromerzeugung planbar und regelbar. Die Steinkohlesubventionen haben zwar zu einer moderaten Verteuerung des Stromes geführt, dafür aber die Versorgungssicherheit garantiert. Die gut regelbaren Steinkohlekraftwerke waren das Rückgrat für ein stabiles Netz - das sollten sie auch bleiben!

Die "Energiewende" hat inzwischen den Strompreis mehr als verdoppelt bei einem Anteil an Fakepower (Wind- und Solarstrom) von weniger als einem Drittel. In den Leitmedien wurde von einem 40 % Anteil für 2018 berichtet. Dies ist der Bruttoanteil, von dem erhebliche Mengen als Überschuss ins Ausland exportiert oder entsorgt wurden. Der Netzzanteil ist richtig angegeben.

Die Wendekosten dürften zurzeit deutlich über 35 Milliarden Euro pro Jahr liegen; eine Übersicht über diese Kosten gibt es nicht. Der Bundesrechnungshof hat zu Recht die Tatsache gerügt, dass die Energiewende unkoordiniert von mehreren Bundesministerien und von allen Landesregierungen ohne Erfolgskontrolle gefördert wird.

Die bisherigen Gesamtkosten der Energiewende müssen daher geschätzt werden. Realistisch dürften es etwa 400 Milliarden Euro sein. Das ist mehr als das Dreifache der Steinkohlesubventionen. An Fakepower wurden bisher rund 2.200 Milliarden kWh erzeugt. Mit der subventionierten Steinkohle konnten dagegen 10.000 Milliarden kWh planbarer Kraftwerkstrom in das Netz geschickt werden.

Deutschland ist erpressbar

Deutschland ist nach Aufgabe der Steinkohlenförderung auf Importe angewiesen. Als heimischen Energieträger gibt es nur noch Braunkohle, wenn man von der geringen Gas- und Ölförderung einmal absieht. Braunkohle- und Kernkraftwerke sind die preiswertesten Stromerzeuger. Die letzten Kernkraftwerke sollen in den nächsten Jahren stillgelegt werden.

Als Ersatz waren Kohlekraftwerke geplant, die jedoch nur zum Teil tatsächlich gebaut wurden. Jetzt sollen auch Braunkohlekraftwerke abgeschaltet werden, weil sie angeblich "Dreckschleudern" sind. Dabei haben die neuen Braunkohlekraftwerke im rheinischen Revier und in der Lausitz einen hohen Wirkungsgrad, indem sie weniger Braunkohle je kWh verbrauchen und einen hohen Umweltstandard.

Ein solches Kraftwerk belastet die Umwelt weit weniger als mehrere tausend Windgeneratoren, die im Jahr die gleiche Strommenge bei schwankenden Leistungen erzeugen. Die Bundesregierung hat eine Kohleausstiegskommission berufen, die Termine nennen soll. In dieser Kommission sind viele gesellschaftliche Gruppen vertreten, nur Fachleute der Energieversorgung sucht man dort vergebens.

Werden tatsächlich einige große Braunkohlekraftwerke stillgelegt, drohen Stromausfälle. Darauf weist auch die Deutsche Energie-Agentur (dena) hin. Fakepower-Anlagen können nicht einspringen, wenn keine Sonne scheint und kein Wind weht. Dann bedarf es zu einer verlässlichen Versorgung durch Kohlekraftwerke und zusätzlicher Gaskraftwerke. In einer solchen Situation kann das Ausland mit Russland an der Spitze Deutschland zu beliebigen politischen Zugeständnissen zwingen einschließlich der Drohung, den Gashahn zuzudrehen.

Energieträger der Zukunft

Die vorhandenen Braunkohlekraftwerke müssen daher weiter betrieben werden und dazu müssen noch neue gebaut werden. Darüber hinaus muss der Einstieg in das Fracking mit dem Abbau von Schiefergas und Schieferöl vorgenommen werden. Deutschland hat große Lagerstätten, die erschlossen werden können. Werden die Verantwortlichen in der Bundesregierung sich rechtzeitig einer realistischen Energiepolitik zuwenden oder bedarf es erst eines Stromausfalles mit großen volkswirtschaftlichen Schäden und zahllosen Toten?

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

Abschied von der Steinkohle: Bergmänner singen das Steigerlied
22. Dezember 2018 | Wie sollte es auch anders sein? Die deutschen Steinkohle-Kumpel verabschieden sich mit dem Steigerlied von der letzten Zeche Prosper-Haniel. Hier seht ihr es in voller Länge.
www.youtube.com/watch?v=HUhwJJxPGY

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltpak ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltpak statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

